

# Grundversorgung im Spital Wolhusen sichern

**Motion** von Bernhard Steiner erhält viel überparteilichen Zuspruch

*Im Luzerner Kantonsspital Wolhusen soll das medizinische Angebot nicht abgebaut werden. Dies fordern 65 der 120 Kantonsratsmitglieder in einer Motion. Um den Umfang der Grund- und Notfallversorgung auf der Landschaft zu sichern, soll dieser im Gesetz verankert werden.*

In Wolhusen soll das heutige Spital durch einen Neubau ersetzt werden. Die Ankündigung, dass gleichzeitig das medizinische Angebot überprüft werde, stiess in den Regionen Entlebuch und Hinterland auf Kritik.

Nun formiert sich im kantonalen Parlament eine Front gegen einen allfälligen Leistungsabbau. Der Entlebucher Arzt Bernhard Steiner (SVP) reichte mit Unterstützung von Kantonsratsmitgliedern verschiedenster Parteien eine Motion ein, die im Gesetz die medizinische Grund- und Notfallversorgung auf dem Land sichern will, wie er am Mittwoch mitteilte.

## Aderlass befürchtet

Die Motionärinnen und Motionäre befürchten, dass das Kantonsspital nicht nur in Wolhusen, sondern auch in Sursee, wo ebenfalls ein Neubau geplant ist, Leistungen reduzieren könnte. Sie fordern, dass an beiden Standorten weiterhin Medizin, Chirurgie, Geburtshilfe und Gynäkologie, Anästhesie, Intensivmedizin, sowie während 24 Stunden am Tag ein interdisziplinärer Notfall angeboten werde.

Eine Reduktion der medizinischen Grundversorgung sei aus medizinischen, sozialen und regionalpolitischen Gründen abzulehnen, heisst es in der Motion. Der Bevölkerung dürfe weder aus unternehmerischen noch finanziellen Gründen die verfassungsmässig garantierte medizinische Grundversorgung vorenthalten werden.

## Abwanderung von Fachpersonal

In der Motion wird ausgeführt, dass der Verzicht auf eine interdisziplinäre Intensivstation dazu führen werde, dass keine kritisch-kranken Patienten mehr behandelt werden können. Weil dann nur noch ein Bruchteil der heutigen Operationen durchgeführt werden könne, werde hoch qualifiziertes Personal abwandern.



Die Leistungen, die im Spital erbracht werden, sollen gesetzlich verankert werden. [Archivbild mdz]

Geprüft wird, ob in Wolhusen nur noch hebammegeleitete Geburten durchgeführt werden sollen. Die Motionärinnen und Motionäre erklären, dass bereits die Gebärdabteilungen in den Berner Spitälern von Langnau und Hutwil

geschlossen worden seien. Das Angebot in Wolhusen habe dadurch für die Region an Bedeutung gewonnen. [sda]

geschlossenen worden seien. Das Angebot in Wolhusen habe dadurch für die Region an Bedeutung gewonnen. [sda]

nach gefragt...

## «Hier geht es um ein Grundbedürfnis des Menschen»



... bei Bernhard Steiner, SVP-Kantonsrat, Entlebuch

**Entlebucher Anzeiger:** Herr Steiner, Ihre Motion zur medizinischen Grundversorgung in der Luzerner Spitallandschaft (siehe obenstehenden Bericht) wurde von nicht weniger als 64 weiteren Ratsmitgliedern von SVP, CVP, FDP, SP und Grünen unterzeichnet. So viel parteiübergreifende Einigkeit ist selten. War das ein Kraftakt?

**Bernhard Steiner:** Schon seit Monaten hat sich eine überparteiliche Gruppe von Kantonsrätinnen und Kantonsräten aus den Regionen Entlebuch, Luzerner Hinterland, Rottal und Sursee zusammengesetzt und die eingereichte Motion erarbeitet (Sara Muff, SP; He-

lene Schurtenberger, FDP; Vroni Thalman, SVP; Ludwig Peyer, Guido Roos und Pius Kaufmann, alle CVP). Für alle war es eine Herzensangelegenheit und sie haben mit viel Engagement und Überzeugungsarbeit in ihren Parteien und darüber hinaus Unterstützerinnen und Unterstützer finden können.

**EA:** Sie verlangen in Ihrer Motion nicht nur, dass die medizinische Grund- und Notfallversorgung in den Spitälern Wolhusen und Sursee beibehalten wird, sondern auch, dass diese im Gesetz verankert wird. Ist diese Forderung realistisch? Haben andere Kantone eine solche Gesetzgebung?

**Bernhard Steiner:** Die Forderung nach einer gesicherten medizinischen Grundversorgung ist in der Gesetzgebung des Bundes und vieler Kantone ausgeführt. Häufig ist aber nur vom Begriff der medizinischen Grundver-

sorgung die Rede, ohne konkreter zu formulieren, was genau darunter verstanden wird. So soll in unserer Motion nach internationalem Vorbild die Grundversorgung präzisiert werden, dass sowohl Innere Medizin, Chirurgie, Gynäkologie/Geburtshilfe, Anästhesie, Intensivmedizin und ein interdisziplinärer Notfall mit 24-Stunden-Bereitschaft dazugehören. Im Mai 2021 hat sich beispielsweise der Kantonsrat Obwalden gegen eine Streichung des Gesetzesartikels, welche das Angebot der Grundversorgung im Spital Sarnen definiert, ausgesprochen. Somit bleibt auch in Sarnen das Angebot einer Grundversorgung mit Innerer Medizin, Chirurgie, Anästhesie und Geburtshilfe erhalten.

**EA:** 2010 sagte das Stimmvolk Ja zu einer Auslagerung der Spitalgebäude an das Luzerner Kantonsspital. Seither betreibt diese als AG die Spitäler, der Kanton bestellt die Leistungen.

War das, im Nachhinein betrachtet, ein Fehler?

**Bernhard Steiner:** Ehrlich gesagt, sind die Einflussmöglichkeiten des Kantonsrates sicher nicht grösser geworden. Aber die Bestimmung der grossen Ausrichtung der Gesundheitsversorgung im Kanton Luzern ist nach wie vor klar Aufgabe des Kantonsrates. Die Regierung musste deshalb letztmals im Jahr 2016 dem Kantonsrat gegenüber Rechenschaft abgeben. Man war sich immer einig, dass das Angebot der stationären Grundversorgung in den Regionen Luzern, Sursee und Wolhusen erhalten bleiben soll. Damit nun aber der Regierung und dem Spitalrat klar ist, was unsere Vorstellung einer guten Grundversorgung ist, wollen wir dies im Gesetz festlegen.

**EA:** Nicht nur im Kantonsrat, sondern auch mit der Interessengemeinschaft Pro Spital Wolhusen wird nun Druck auf den Regierungsrat ausgeübt. Er

muss die Motion beantworten. Was erwarten Sie?

**Bernhard Steiner:** Dem Komitee «Pro Spital Wolhusen» sind mittlerweile über 2500 Mitglieder beigetreten und ich bin überzeugt, dass dies nur der Anfang ist und weitere Beitritte folgen werden. Das Thema, im Spital Wolhusen durch die Schliessung der Geburtsabteilung und der Intensivpflegestation die Grund- und Notfallversorgung zu gefährden, hat die Land-Bevölkerung aufgerüttelt. Es ist primär nicht eine politische Frage, sondern hier geht es um ein Grundbedürfnis des Menschen nach einer guten Gesundheitsversorgung und damit haben wir wohl die Mehrheit der Landbevölkerung hinter uns. Wenn dann auch die Mehrheit der vier grossen Fraktionen der CVP, FDP, SP und SVP mit Unterstützung der Grünen sich für ein Anliegen findet, dann kann die Regierung die Motion eigentlich nur erhehlich erklären.

[Interview Josef Küng]

## Listenverbindungen sind weiterhin möglich

**Kantonsrat** sprach sich gegen eine bürgerliche Motion aus

*Luzerner Parteien können bei den Kantonsratswahlen weiterhin Listenverbindungen eingehen. Das Parlament hat am Dienstag eine Motion von Dieter Haller (SVP, Luzern), der die Listenverbindung abschaffen wollte, mit 70 zu 40 Stimmen abgelehnt.*

Dieter Haller kritisierte, dass Parteien vermehrt aus wahlaktischen Gründen ihre Kandidatenlisten verbinden würden. Um Programminhalte gehe es immer weniger. Die Wählerschaft wisse oft nicht, welcher Partei sie tatsächlich die Stimme gebe. Dies sei intransparent. Haller wollte zudem Unterlistenverbindungen einschränken.

Rolf Born (FDP, Luzern) unterstützte das Anliegen. Ohne Listenverbindungen könne jede Partei nur noch eine Liste einreichen, dies vereinfache die Wahlen. Auf

einer Wahlliste solle draufstehen, was drin sei, die Wählerinnen und Wähler sollen die Katze nicht im Sack kaufen.

## Doppelprovoz einführen

Für Marianne Wimmer (SP, Ebikon) waren solche Argumente aber nicht überzeugend. Mit einer Abschaffung von Listenverbindungen würden kleine Parteien, die von Restmandaten profitieren könnten, geschwächt, sagte sie. Listenverbindungen seien die Garantie, dass ihre Stimme nicht verloren gehe.

Fabrizio Misticoni (Grüne, Sursee) und Mario Cozzio (GLP, Sursee) sagten, bei einer Abschaffung der Listenverbindungen müsste im Gegenzug der Doppelprovoz, sprich doppelproportionale Zuteilungsverfahren, kurz Doppelprovoz, eingeführt werden, damit der Wählerwille weiterhin ausreichend abgebildet werde. Claudia Wedekind (CVP, Ermensee) befürchtete, dass mit der Beschränkung der Unterlistenverbindungen die Vielfalt innerhalb einer Partei eingeschränkt werde. [sda]

## Ausserdem hat der Kantonsrat ...

... zwei Motionen von Michael Kurmann (CVP, Dagmersellen) zu erneuerbaren Gasen behandelt; dabei geht es um bessere Rahmenbedingungen für diesen CO<sub>2</sub>-freien Energieträger. Die Vorstösse wurden mit 71 zu 42 und mit 63 zu 50 Stimmen in der abgeschwächten Form des Postulats überwiesen.

... ein Postulat von Daniel Keller (SVP, Udligenswil) mit 57 zu 45 Stimmen teilweise überwiesen. Keller verlangte, dass leichter Stellplätze für Camper zur Verfügung gestellt werden können.

... Rolf Bossart (SVP, Schenkon) mit 101 von 114 Stimmen zum neuen Kantonsratspräsidenten gewählt. Bossart löst Ylfete Fanaj (SP, Luzern) ab. Er ist 58 Jahre alt, wohnt in Schenkon und ist seit 2011 Mitglied des Kantonsparlaments. Vizepräsident ist Rolf Born (FDP, Luzern).

... Bildungsdirektor Marcel Scherzmann (parteilos) mit 86 von 114 Stimmen zum Regierungspräsidenten gewählt. Es ist das dritte

Mal, dass der 56-jährige Scherzmann, der seit 2007 Regierungsrat ist, dieses Amt ausüben kann. Sein Vize ist Guido Graf (CVP).

... drei neue Richterinnen für das Kriminalgericht, das Bezirksgericht Kriens und für ein Friedensrichteram für den Rest der Amtsdauer gewählt.

... ein Postulat von Marcel Budmiger (SP, Luzern) mit 70 zu 38 Stimmen teilweise überwiesen. Budmiger forderte, dass der Kanton seine Informationen so aufbereitet, dass diese für Menschen mit Behinderungen zugänglich sind.

... eine Motion von Sandra Meyer-Huwyl (SVP, Hitzkirch) zur Eindämmung der Quaggauschel einstimmig teilweise als Postulat überwiesen.

... ein Postulat von Armin Hartmann (SVP, Schlierbach) zur Erreichung der Investitionsziele des Kantons diskussionslos und einstimmig überwiesen.

... ein Postulat von Korintha Bärtsch (Grüne, Luzern) mit 74 zu 27 Stimmen teilweise überwiesen. Bärtsch

verlangte, dass der Kanton grosse Bauprojekte als Plusenergiehäuser plane, also als Gebäude, die mehr Energie produzieren als sie benötigen.

... mit 80 zu 21 Stimmen eine Motion der CVP zur Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer gutgeheissen. Wer im Kanton ein umweltfreundliches Auto fährt, soll steuerlich belohnt werden.

... ein Postulat von Marcel Budmiger (SP, Luzern) mit 62 zu 39 Stimmen abgelehnt, das ein niederschwelliges Angebot forderte für Personen, die Mühe haben, sich zu bewegen.

... Rätö Camenisch (SVP, Kriens) verabschiedet. Camenisch war 1995 bis 2004 sowie ab 2011 Mitglied des Parlaments, das er 2004 präsidierte. Der 1945 geborene Camenisch war das älteste und amtsälteste Mitglied des Kantonsrats.

... sich von der scheidenden Ratspräsidentin Ylfete Fanaj (SP, Luzern) mit Applaus verabschiedet. [sda]